

INTERPELLATION Eduard Rutschmann betr. „Unverständliche Vorgehensweise durch den Gemeinderat bei der Bekanntgabe der Schliessung des Gemeindespitals“

Wortlaut:

„Die Emotionen gingen bei den Einwohnerrätinnen und Einwohnerräten hoch, als bekannt wurde, dass das Gemeindespital geschlossen werden sollte. Diese Emotionen sind insofern verständlich, dass der Einwohnerrat mit einer völlig anderen Absicht die Entscheidungsgewalt über das Gemeindespital an den Gemeinderat delegiert hat. Der Gemeinderat redete immer von viel versprechenden Partnern, die ja scheinbar immer noch zu ihren Offerten stehen, und niemals von einer Schliessung. Dieses Beispiel zeigt einmal mehr, wie sich der Einwohnerrat mit juristischen Spitzfindigkeiten auseinandersetzen muss. Es kann nicht sein, dass jeder Einwohnerrat einen Anwalt beschäftigen muss, der ihm jedes Geschäft vorgängig prüft! Es kann auch nicht sein, dass die zuständige Sachkommission und die GPK erst aus den Medien erfahren mussten, dass das Gemeindespital geschlossen wird.

Ich ersuche den Gemeinderat, mir die folgenden Fragen zu beantworten:

1. Wenn man für einmal das Kollegialitätsprinzip ausser Acht lässt, wie war das Abstimmungsverhältnis im Gemeinderat bei der Abstimmung über die Schliessung des Gemeindespitals?
2. Drei Parteien (CVP, LDP, PDP) publizierten kurze Zeit nach dem Bekanntwerden, dass der Gemeinderat das Gemeindespital schliessen wird, eine Medienmitteilung, in der sie einstimmig die Position des Gemeinderates stützen. Wussten diese Parteien mehr als andere Parteien? Wurden diese Parteien unterrichtet weshalb das Gemeindespital geschlossen wird?
3. Wenn die zweite Frage zutrifft, warum wurden diese Parteien und nicht auch die SVP orientiert?
4. Weshalb wurde die Riehener Zeitung vor dem Einwohnerrat über die Schliessung des Gemeindespitals orientiert?
5. Warum wurde die zuständige Sachkommission nicht vorgängig unterrichtet?
6. Warum wurde die GPK nicht eingeweiht und warum wurde ihr eine vorgängige Anfrage sogar verwehrt?“

Eingegangen: 17. April 2009

Interpellation Eduard Rutschmann
betreffend unverständliche Vorgehensweise durch den Gemeinderat bei
der Bekanntgabe der Schliessung des Gemeindespitals

In seinem Bericht an den Einwohnerrat vom 16. April 2009 zum Beschluss und zum weiteren Vorgehen in Sachen Gesundheitsversorgung in Riehen hat der Gemeinderat ausführlich die Ausgangslage und den Entscheidungsprozess erläutert. Der Gemeinderat geht deshalb an dieser Stelle direkt auf die Fragen des Interpellanten ein.

1. *Wenn man für einmal das Kollegialitätsprinzip ausser Acht lässt, wie war das Abstimmungsverhältnis im Gemeinderat bei der Abstimmung über die Schliessung des Gemeindespitals?*

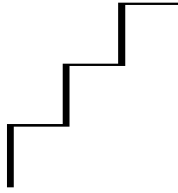
Beim Entscheid über die Erneuerung oder Nichterneuerung des Baurechts mussten die einzelnen Gemeinderatsmitglieder Chancen und Risiken für eine Zukunft des Spitals Riehen abwägen. Sie taten dies anhand der erarbeiteten Grundlagen, Kriterien und Beurteilungen. In der Summe dieser sorgfältigen, gemeinsamen Meinungsbildung resultierte ein klarer Entscheid des Gemeinderats gegen die Erneuerung des Baurechts für weitere 30 Jahre. Das Stimmenverhältnis ist nicht von Interesse für die Geltung des Entscheids.

2. *Drei Parteien (CVP, LDP, FDP) publizierten kurze Zeit nach dem Bekanntwerden, dass der Gemeinderat das Gemeindespital schliessen wird, eine Medienmitteilung, in der sie einstimmig die Position des Gemeinderates stützen. Wussten diese Parteien mehr als andere Parteien? Wurden diese Parteien unterrichtet weshalb das Gemeindespital geschlossen wird?*
3. *Wenn die zweite Frage zutrifft, warum wurden diese Parteien und nicht auch die SVP orientiert?*

Der Gemeinderat hat alle Mitglieder des Einwohnerrats gleichzeitig über seinen Entscheid orientiert. Damit erhielten alle im Einwohnerrat vertretenen Parteien zur gleichen Zeit die identischen Unterlagen, auf eine zusätzliche Information der Parteien wurde verzichtet.

4. *Weshalb wurde die Riehener Zeitung vor dem Einwohnerrat über die Schliessung des Gemeindespitals orientiert?*

Oberste Priorität in der Informationskette des Gemeinderats hatte die rasche und direkte Information des betroffenen Spitalpersonals. Am Abend des 1. April 2009 wurden als erstes die Spitalleitung im persönlichen Gespräch orientiert, am darauffolgenden Tag über Mittag alle Mitarbeitenden anlässlich einer Personalversammlung. Unmittelbar danach wurden die Mitglieder des Einwohnerrats per Mail mit einem Schreiben und dem Medienbulletin informiert. Die Medien wurden am Vormittag des 2. April kurzfristig eingeladen und anlässlich einer Medienkonferenz am Nachmittag orientiert.



Um der Riehener Zeitung als Wochenzeitung mit grosser lokaler Bedeutung eine Berichterstattung noch in der laufenden Woche zu ermöglichen, wurde der Redaktion das Bulletin schon am Vormittag des 2. April gemailt, unter Sperrfrist bis zur Medienkonferenz. Dieses Vorgehen wurde in vergleichbaren Fällen schon öfters gewählt.

5. Warum wurde die zuständige Sachkommission nicht vorgängig unterrichtet?

Der Entscheidungsprozess des Gemeinderats dauerte bis zum 31. März, dem letzten Tag der im Baurechtsvertrag gesetzten Frist. In der Sitzung der Sachkommission vom 19. März 2009 war mit dem Stichwort „Ausstieg“ ein mögliches Scheitern zwar angesprochen, es herrschte aber noch immer Hoffnung auf ein positives Ergebnis der letzten Verhandlungsschritte. Nachdem am 31. März der Gemeinderat den Entscheid getroffen und dem Vertragspartner Diakonissenhaus umgehend mitgeteilt hatte, gab es zwei Möglichkeiten der Information: Man konnte entweder den gefassten Entscheid eine Zeit lang geheim halten, und in dieser Zeit eine gestaffelte Information durchführen, oder aber den gefassten Entscheid so rasch wie möglich koordiniert kommunizieren. Der Gemeinderat entschied sich - vor allem im Interesse des betroffenen Personals - für den zweiten Weg. Die Information des Einwohnerrats erfolgte daher unmittelbar nach der Personalinformation. Entgegen der Behauptung des Interpellanten erfuhren die Mitglieder des Einwohnerrats vom Entscheid des Gemeinderats also nicht erst via Medien. Zudem lud der Gemeinderat die Mitglieder der Sachkommission und der Geschäftsprüfungskommission zu einer mündlichen Orientierung auf den 6. April ein.

6. Warum wurde die GPK nicht eingeweiht und warum wurde ihr eine vorgängige Anfrage sogar verwehrt?

Der Gemeinderat sah keinen Anlass für eine um ein paar Stunden vorgezogene Information der Mitglieder der Geschäftsprüfungskommission. Vielmehr legte er Wert auf eine *gleichzeitige* Orientierung *aller* Mitglieder des Einwohnerrats, was am 2. April zu Beginn des Nachmittags vorerst per E-Mail erfolgte.

Eine Anfrage der GPK wurde nie verwehrt, aber es wurden vor der offiziellen Veröffentlichung keine Informationen herausgegeben.

Riehen, 28. April 2009

Gemeinderat Riehen